

Umsatzsteuer-News

Aktuelles rund um das Umsatzsteuerrecht

Ausgabe 02, Februar 2022

Inhalt

Aus der Europäischen Union	2
Konsultation der EU-Kommission: Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter	
Noch bis zum 15. April 2022 fordert die EU-Kommission die Öffentlichkeit zu Stellungnahmen dazu auf, ob die gegenwärtigen Umsatzsteuerregelungen dem digitalen Zeitalter gerecht werden kann – sowie zu weiteren Einsatzmöglichkeiten digitaler Technologien.	2
Aus der Gesetzgebung	2
Entwurf des Vierten Corona-Steuerhilfegesetzes liegt vor	
Der Entwurf des „Vierten Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise“ sieht unter anderem eine weitere Fristverlängerung für die Abgabe der Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2020 sowie Fristverlängerungen für die Besteuerungszeiträume 2021 und 2022 vor. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat zudem weitere Maßnahmen verlängert.	2
Aus der Finanzverwaltung.....	3
Transaktionen auf Gewichtskonten	
Gewichtskonten, die gewöhnlich über Edelmetalle geführt werden, erlauben den Handel mit Edelmetallen in einer Weise, die Umsätzen über Bankkonten ähneln. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) nimmt zur umsatzsteuerlichen Behandlung solcher und anderer Transaktionen Stellung.	3
Aus dem Ausland.....	4
Frankreich: Erhebung der Einfuhrmehrwertsteuer	
Für seit dem 1. Januar 2022 erfolgte Einfuhren wird die Einfuhrmehrwertsteuer (EMwSt) in den meisten Fällen nicht mehr vom Zoll, sondern von der französischen Finanzbehörde erhoben. Das erlaubt es, die EMwSt in derselben Mehrwertsteuererklärung anzumelden und als Vorsteuer abzuziehen.	4
Polen: Wichtige Änderungen bei der elektronischen Rechnungstellung	
Ab dem 1. Januar 2023 sollen in Polen ansässige oder registrierte Unternehmer, die Rechnungen nach polnischem Recht ausstellen, einen Rechnungsentwurf an die polnischen Behörden zu übertragen haben, die bei validem Datensatz eine einmalige Nummer je Rechnung zurückspielen. Erst diese Nummer macht die Rechnung zu einem offiziellen Rechnungsdokument.	4
Spanien: Ausweitung der Verpflichtung zur elektronischen Rechnungstellung	
Im vergangenen Jahr wurde vom spanischen Ministerrat ein Gesetzesentwurf verabschiedet, welcher die Ausweitung einer elektronischen Rechnungstellung auf alle Transaktionen zwischen Unternehmen (B2B) vorsieht.	4
Service	5
Veranstaltungen	5
Ihre Ansprechpartner	6

Aus der Europäischen Union

Konsultation der EU-Kommission: Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter

Noch bis zum 15. April 2022 fordert die EU-Kommission die Öffentlichkeit zu Stellungnahmen dazu auf, ob die gegenwärtigen Umsatzsteuerregelungen dem digitalen Zeitalter gerecht werden kann – sowie zu weiteren Einsatzmöglichkeiten digitaler Technologien.

Fundstelle:

Konsultationsseite der EU-Kommission „Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter“

Die EU-Kommission richtet sich an eine (in der Konsultation näher umrissene) breite Öffentlichkeit. Erwünscht sind Stellungnahmen zu umsatzsteuerlichen Meldeverpflichtungen und zur elektronischen Rechnungstellung, zur umsatzsteuerlichen Behandlung der Onlineplattformen und zu einer möglichen zentralen umsatzsteuerlichen Registrierung für die gesamte EU. Dazu ist ein Onlinefragebogen vorgesehen, der in jeder Amtssprache der EU verfügbar ist.

Aus der Gesetzgebung

Entwurf des Vierten Corona-Steuerhilfegesetzes liegt vor

Der Entwurf des „Vierten Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise“ sieht unter anderem eine weitere Fristverlängerung für die Abgabe der Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2020 sowie Fristverlängerungen für die Besteuerungszeiträume 2021 und 2022 vor. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat zudem weitere Maßnahmen verlängert.

Fundstellen:

Referentenentwurf des Vierten Corona-Steuerhilfegesetzes;
Gesetz zur Umsetzung der Anti-Steuervermeidungsrichtlinie (ATAD-Umsetzungsgesetz) vom 25. Juni 2021; BMF-Schreiben vom 31. Januar 2022

Für den Besteuerungszeitraum 2020 soll eine Verlängerung der Frist für eine Beratererklärung (jedoch nicht der bereits vor einigen Monaten abgelaufenen allgemeinen Abgabefrist) um weitere drei Monate auf den 31. August 2022 erfolgen (inklusive der bereits veranlassten ersten Verlängerung im Rahmen des ATAD-Umsetzungsgesetzes).

In geringerem Umfang werden Fristverlängerungen für die beiden folgenden Besteuerungszeiträume gewährt: Für den Besteuerungszeitraum 2021 soll eine Verlängerung der Beraterfrist um vier Monate (bis Ende Juni 2023) und der allgemeinen Frist für die Erstellung der Steuererklärung um zwei Monate (bis Ende September 2022) erfolgen. Für den Besteuerungszeitraum 2022 ist eine Verlängerung der Beraterfrist um zwei Monate (bis Ende April 2024) und der allgemeinen Frist für die Erstellung der Steuererklärung um einen Monat (bis Ende August 2023) vorgesehen.

Hinzu kommt eine entsprechende Verlängerung der Karenzzeit für die Verzinsung nach § 233a AO und den Verspätungszuschlag nach § 152 Abs. 2 AO. Besondere Regelungen bestehen für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft. Es sollte beachtet werden, dass es sich um einen Entwurf handelt, der noch Änderungen unterliegen kann.

Zum 31. Januar 2022 hat das BMF mit einem Schreiben zudem eine weitere Verlängerung der verfahrensrechtlichen Steuererleichterungen in Hinblick unter anderem auf Stundungen und Vollstreckungsaufschub im vereinfachten Verfahren für nachweislich unmittelbar und nicht unerheblich negativ wirtschaftlich betroffene Steuerpflichtige gewährt.

Aus der Finanzverwaltung

Transaktionen auf Gewichtskonten

Gewichtskonten, die gewöhnlich über Edelmetalle geführt werden, erlauben den Handel mit Edelmetallen in einer Weise, die Umsätzen über Bankkonten ähneln. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) nimmt zur umsatzsteuerlichen Behandlung solcher und anderer Transaktionen Stellung.

Fundstellen:

BMF-Schreiben vom
17. Januar 2022

Ein Gewichtskonto teilt zahlreiche Merkmale mit einem Bankkonto: Es können „Einzahlungen“ von Edelmetallen erfolgen, beim Verkauf erfolgt eine Abbuchung, „Überweisungen“ von einem Konto auf ein anderes können vorgenommen werden. Jedenfalls in umsatzsteuerlicher Hinsicht stößt ein Vergleich aber auch an Grenzen:

Die Übertragung von Miteigentumsanteilen an einer Sache ist umsatzsteuerrechtlich grundsätzlich als Lieferung zu beurteilen. Soweit ein Gewichtskonto bei Scheideanstalten einen Miteigentumsanteil an einem Edelmetall repräsentiert, wäre daher mit der Abbuchung von diesem Konto eine Eigentumsübertragung (an die Scheideanstalt oder einen Dritten) und damit eine Lieferung verbunden. Das BMF möchte jedoch für Zwecke der Abbuchung von einem Gewichtskonten diesen Grundsatz nur unter bestimmten Voraussetzungen anwenden.

Das BMF unterscheidet drei verschiedene Sachverhalte, die es jeweils anhand von Beispielen erläutert: Gewichtskontenbewegung ohne Grundgeschäft, die Beurteilung der Transaktionen auf Basis der Grundgeschäfte sowie Differenzgeschäfte und Absicherungsgeschäfte.

Gewichtskontenbewegungen ohne Grundgeschäft, also reine Umbuchungssachverhalte, sind umsatzsteuerlich ohne Relevanz – das betrifft den Fall, in dem ein Unternehmer ein Gewichtsguthaben von einem seiner Gewichtskonten auf ein anderes seiner Konten bewegt, ohne dass eine physische Lieferung von Metallen gewünscht oder vereinbart ist. Dasselbe gilt für die Anlieferung von Metallen bei der Scheideanstalt, wonach die angelieferte Metallmenge dem Gewichtskonto des Unternehmers gutgeschrieben wird.

Differenzgeschäfte und Absicherungsgeschäfte dienen der Absicherung gegen Schwankungen des Edelmetallpreises bzw. zum Zweck der Sicherung gegenüber einer Bank. Auch diese Umsätze sind nach Meinung des BMF als solche nicht umsatzsteuerbar.

In anderen Fällen kann jedoch zwischen einer Lieferung und einer sonstigen Leistung zu unterscheiden sein. Eine Lieferung nimmt das BMF dann an, wenn – vereinfacht ausgedrückt – bei Abbuchung von einem Gewichtskonto eine näher bestimmte Konkretisierung des Metalls nach Ort der physischen Übergabe, Form und Stückelung des Metalls sowie der Reinheit vorgenommen wurde (oder vor Übertragung noch vorgenommen wird). In diesem Fall liegt umsatzsteuerlich eine Lieferung, anderenfalls (bei beschränkter Rechtsposition des Gewichtskontoinhabers) ausnahmsweise eine sonstige Leistung vor. Das BMF erläutert diesen Grundsatz anhand von Indizien, die für bzw. gegen die Übertragung der Verfügungsmacht am Metall sprechen, sowie anhand von Beispielen.

Der Umsatzsteuer-Anwendungserlass wird entsprechend geändert. Die Grundsätze des Schreibens sind in allen offenen Fällen anzuwenden.



Aus dem Ausland

Frankreich: Erhebung der Einfuhrmehrwertsteuer

Für seit dem 1. Januar 2022 erfolgte Einfuhren wird die Einfuhrmehrwertsteuer (EMwSt) in den meisten Fällen nicht mehr vom Zoll, sondern von der französischen Finanzbehörde erhoben. Das erlaubt es, die EMwSt in derselben Mehrwertsteuererklärung anzumelden und als Vorsteuer abzuziehen.

Die für den Cashflow vorteilhafte Regelung war unter gewissen Voraussetzungen schon bislang auf freiwilliger Basis möglich, seit Jahresanfang ist eine Meldung in der Umsatzsteuererklärung für zahlreiche Steuerpflichtige, die Einfuhren in Frankreich tätigen, obligatorisch und automatisiert. Die Neuregelung impliziert, dass diese Steuerpflichtigen in Frankreich im allgemeinen Verfahren („régime reel normal“) mehrwertsteuerlich erfasst sein und in Besitz einer – bei Einfuhr anzugebenden – französischen Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer sein müssen. In bestimmten Zollverfahren muss diese Nummer auch bei anderer Gelegenheit angegeben werden. Die Umsatzsteuererklärung wird von der französischen Steuerbehörde in Hinblick auf den EMwSt-Betrag bereits vorausgefüllt zur Verfügung gestellt, nicht aber in Hinblick auf den abziehbaren Vorsteuerbetrag: der Vorsteuerabzug ist unter den weiteren Voraussetzungen vom Unternehmer selbst geltend zu machen. Steuerpflichtige, die im vereinfachten Verfahren („régime reel simplifié“) registriert sind, verlieren die Vorteile dieser vereinfachten Registrierung im Fall von Einfuhren. Es wird erwartet, dass die Steuerbehörde sich noch zu weiteren Einzelheiten äußert. Für Einfuhren in Zusammenhang mit dem Import One Stop Shop (IOSS), durch nicht registrierte Nichtsteuerpflichtige, bei bestimmten Zollregimes usw. bleiben die Zollbehörden weiterhin für die EMwSt-Erhebung zuständig.

Polen: Wichtige Änderungen bei der elektronischen Rechnungstellung

Ab dem 1. Januar 2023 sollen in Polen ansässige oder registrierte Unternehmer, die Rechnungen nach polnischem Recht ausstellen, einen Rechnungsentwurf an die polnischen Behörden zu übertragen haben, die bei validem Datensatz eine einmalige Nummer je Rechnung zurückspielen. Erst diese Nummer macht die Rechnung zu einem offiziellen Rechnungsdokument.

Vorgesehen ist ein verbindlicher Rechnungsprozess (Krajowy System e-Faktur, KSeF), in dem eine in einem speziellen XML-Format vorbereitete Rechnung an die Behörden übermittelt wird, die von den Behörden validiert und mit einer Kennung versehen wird. Zu diesem Zeitpunkt gilt die Rechnung formell als erteilt, der Rechnungsempfänger lädt die Rechnung von der KSeF-Plattform herunter. Die herkömmliche Papierrechnung und das bisherige E-Invoicing sollen abgeschafft werden. Bereits seit Jahresanfang 2022 ist eine freiwillige Teilnahme am KSeF möglich, zur verbindlichen Anwendung bedarf es dem Vernehmen nach aber offenbar noch der Zustimmung der EU-Kommission. Es ist darum nicht ausgeschlossen, dass sich das Startdatum wegen der ausstehenden Zustimmung noch verzögert oder dass es noch Änderungen gibt – dennoch sollten betroffene Unternehmer in Betracht ziehen, jetzt schon mit den Vorbereitungen zu beginnen.

Spanien: Ausweitung der Verpflichtung zur elektronischen Rechnungstellung

Im vergangenen Jahr wurde vom spanischen Ministerrat ein Gesetzesentwurf verabschiedet, welcher die Ausweitung einer elektronischen Rechnungstellung auf alle Transaktionen zwischen Unternehmern (B2B) vorsieht.

Aktuell ist die Ausstellung einer elektronischen Rechnung in Spanien nur bei Transaktionen im Zusammenhang mit der öffentlichen Verwaltung (B2G) verpflichtend, während sie bei Transaktionen zwischen Unter-

nehmern bisher noch freiwillig ist. Dies soll sich ändern – als Beitrag zur Digitalisierung und Steigerung des Wirtschaftswachstums in Spanien.

Nunmehr sollen alle Unternehmer dazu verpflichtet werden, elektronische Rechnungen auszustellen und zu versenden, die den spanischen Rechnungsvorschriften entsprechen müssen, sofern es sich um Transaktionen im B2B-Bereich handelt. Ferner haben die Unternehmer dem Rechnungsempfänger einen Zugang zur notwendigen Software zur Verfügung zu stellen, um die erhaltenen Rechnungen während der allgemeinen Verjährungsfrist von vier Jahren kostenlos archivieren bzw. verwalten zu können. In Übereinstimmung hiermit ist ein spezielles Sanktionssystem vorgesehen: Sofern dem Rechnungsempfänger nicht die Möglichkeit geboten wird, Rechnungen elektronisch zu erhalten bzw. herunterzuladen, kann eine Geldstrafe von bis zu 10.000 Euro verhängt werden.

Das Gesetz soll für Unternehmer mit einem Jahresumsatz von mehr als acht Millionen Euro ein Jahr nach der Veröffentlichung des Gesetzes im spanischen Staatsanzeiger (Boletín Oficial del Estado, BOE) in Kraft treten, für alle anderen Unternehmer drei Jahre nach der Veröffentlichung im BOE.

Service

Veranstaltungen

Aktuelles zur Umsatzsteuer 2022

15. und 31. März 2022 jeweils von 13.30 bis 16.30 h (**Achtung:** Die Veranstaltung wurde um eine halbe Stunde verlängert!)

Unsere Roadshow „Aktuelles zur Umsatzsteuer 2022“ findet im März 2022 erneut im digitalen Format statt.

Zu Beginn der Veranstaltung geben wir Ihnen im Rahmen unseres Plenums einen Überblick zu den aktuellen Entwicklungen im Umsatzsteuerrecht in Deutschland und in der EU und diskutieren mit einem Mitglied der VAT Expert Group anhand konkreter Beispiele, wie Rechtsprechung und Reformüberlegungen die Harmonisierung erschweren. Im Anschluss haben wir mehrere mögliche Breakout Sessions geplant, von denen Sie sich zwei aussuchen können. Hier haben Sie die Möglichkeit, ausgewählte Schwerpunktthemen weiter zu vertiefen. Zum Ende der Veranstaltung treffen wir uns wieder im Plenum, um mit Ihnen über aktuelle Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen zu sprechen. Dabei werden wir insbesondere auch den offenen Austausch mit Vertretern der Finanzverwaltung suchen.

Die Anmeldeseite ist hier zu finden: <https://www.pwc-events.com/azu2022>

Ihre Ansprechpartner

Berlin

Götz Neuhahn

Tel.: +49 30 2636-5445
goetz.neuhahn@pwc.com

Nicole Stumm

Tel.: +49 30 2636-3733
nicole.stumm@pwc.com

Frankfurt am Main / Mannheim

Frank Gehring

Tel.: +49 69 9585-2771
frank.gehring@pwc.com

Gerald Hammerschmidt

Tel.: +49 69 9585-5290
gerald.hammerschmidt@pwc.com

Robert Clemens Prätzler

Tel.: +49 69 9585-6712
robert.clemens.pratzler@pwc.com

Hamburg / Hannover

Markus Hüllmann

Tel.: +49 40 6378-8858
markus.huellmann@pwc.com

München / Stuttgart / Nürnberg

Jens Müller-Lee

Tel.: +49 711 25034-1101
jens.mueller-lee@pwc.com

Sandra Zölch

Tel.: +49 89 5790-6840
sandra.zoelch@pwc.com

Düsseldorf / Köln / Essen

Alexandra Hartenfels

Tel.: +49 211 981-2598
alexandra.hartenfels@pwc.com

Sounia Kombert

Tel.: +49 221 2084-384
sounia.kombert@pwc.com

David Kosiak

Tel.: +49 221 2084-270
david.kosiak@pwc.com

Franz Kirch

Tel.: +49 201 438-1120
franz.kirch@pwc.com

ITX ERP and Data Analytics

Roberta Grottini

Tel.: +49 30 2636-5399
roberta.grottini@pwc.com

ITX Financial Services

Imke Murchner

Tel.: +49 89 5790-6779
imke.murchner@pwc.com

ITX Deals

Christian Schubert

Tel.: +49 89 5790-6726
christian.schubert@pwc.com

ITX Business Recovery Services

Maria Milanovic

Tel.: +49 89 5790-5979
maria.milanovic@pwc.com

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Februar 2022 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.
„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de